

## **Ergebnisprotokoll zur Bürgerversammlung „Asyl in Dresden Nord“**

Ort:	Christuskirche Dresden-Klotzsche
Datum:	15. Dezember 2014
Zeitraum:	18.00 – 20.00 Uhr
Thema der VA:	künftiges Asylbewerberheim in Dresden Klotzsche
Ziel der VA:	Informationen zur Einrichtung eines Asylbewerberheimes an der Karl-Marx-Straße, Versachlichung der Debatte, Diskussion
Teilnehmer:	ca. 350
Podiumsteilnehmer:	Sylvia Bachmann (Sozialamt Dresden) Polizeidirektor Thomas Wurche (Polizeidirektion Dresden) Michael Ton (Rechtsanwalt, Ausländerbeirat Dresden) Frank Haubitz (Schulleiter Gymnasium Klotzsche) Stefan Szuggat (Stadtplanungsamt Dresden) Patrick Marschner (i. A. Sächsische Landeszentrale für politische Bildung)
Moderator:	Dr. Justus H. Ulbricht (i. A. Sächsische Landeszentrale für politische Bildung)
Protokoll:	Patrick Marschner

### **Ergebnisse:**

Patrick Marschner erläutert in einem kurzen Impulsreferat die Grundlagen und wesentlichen Aspekte des Asylverfahrens.

(<http://www.bamf.de/DE/Migration/AsylFluechtlinge/asylfluechtlinge-node.html>)

Anschließend erläutert Sylvia Bachmann vom Sozialamt Dresden Entwicklungen und Pläne der Stadt Dresden in Bezug auf die steigenden Zahlen von Asylbewerbern im Stadtgebiet. ([www.dresden.de/asyl](http://www.dresden.de/asyl))

Ein weiterer Impuls geht von Carolin Hellbusch aus, die als Schülerin des Klotzscher Gymnasiums ihre Sicht und die ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler auf die künftige Gegenwart eines Asylbewerberheims in der Nachbarschaft ihrer Schule schildert.

Im Anschluss an die einleitenden Referate werden Fragen aus dem Plenum entgegen genommen:

Die Frage, ob der Heimstandort in der Nähe des Gymnasiums ein **Ersatz für den abgelehnten Standort Wetterwarte** sei, verneint Stefan Szuggat. Es bestehe hierbei kein Zusammenhang. Sylvia Bachmann ergänzt, dass eine baurechtliche Prüfung aller infrage kommenden Objekte statt finden muss, um den Bedarf an Wohnraum zu decken.

Auch die **Prüfung anderer Standorte** wird hinterfragt. Sylvia Bachmann erläutert, dass andere Standorte in Klotzsche geprüft worden sind, diese aber vor allem durch die gegebenen Eigentumsverhältnisse nicht als Asylbewerberheime genutzt werden können.

Ferner steht die **Einrichtung eines Asylbewerberheims in einem Gewerbegebiet** nicht zur Diskussion, weil dies aus baurechtlichen Gründen zum Zeitpunkt der Standortwahl nicht zulässig gewesen ist. Weiterhin bestehen bei der mittlerweile möglichen Einrichtung von Asylbewerberheimen in Gewerbegebieten sehr viele eingrenzende Regularien, wie beispielsweise die fragwürdige Verträglichkeit von Schadstoffausstößen (Emissionen) möglicher benachbarter Industrien.

Ein Teilnehmer befürchtet, dass die Gelder, die für den Bau des Asylbewerberheims benötigt werden, die **Mittel für das Gymnasium** einschränken würden. Frank Haubitz entgegnet jedoch, dass der Schule genügend Mittel zur Verfügung stehen und macht dies anhand einiger Beispiele von Renovierungen deutlich.

Es kommt die Frage auf, ob man die Klotzscher Bevölkerung nicht schon sechs bis acht Wochen **früher** hätte **informieren** können. Sylvia Bachmann erklärt darauf hin, dass die Verwaltung der Stadt Dresden rein formal keine Fehler gemacht habe. Dennoch gesteht die Stadt rückblickend Defizite bei der Kommunikation mit den Bürgern ein, weswegen die Oberbürgermeisterin sich auch für die bisherige Kommunikation entschuldigte. Künftig will man die Informationsweitergabe an die Bürger verbessern.

Einige Teilnehmer fürchten durch die Ankunft von Asylbewerbern steigende **Kriminalitätsraten**. Thomas Wurche schildert daraufhin die Erfahrungen der Polizei mit der Sicherheitslage im Umfeld von Asylbewerberheimen: die Kriminalitätsdichte ist bei anderen Heim-

standorten in Dresden nicht gestiegen. Es gebe keinen Nachweis für steigende Zahlen krimineller Ereignisse im Umfeld von Asylbewerberheimen. Lediglich innerhalb der Einrichtungen ist es manchmal notwendig, dass die Polizei eingreifen muss. Dies geschehe aber auch in Diskotheken oder bei Geburtstagsfeiern von Deutschen.

Michael Ton ergänzt, dass die **bislang in Dresden existierenden Heime**, beispielsweise inmitten der Neustadt, nicht auffallen und kaum Probleme verursachen. In Anbetracht dessen appelliert er daran, die Dinge nüchtern zu betrachten.

Ein Teilnehmer macht den Vorwurf, dass die Gesetze hinsichtlich des Asylverfahrens nicht konsequent durchgesetzt würden, da **abgelehnte Asylbewerber nicht entschlossen ausgewiesen** würden. Michael Ton erläutert daraufhin die vergleichsweise hohe Abschiebungsquote des Freistaates Sachsen, sei es in die Herkunftsländer oder in andere EU-Staaten, die in bestimmten Fällen für die Asylverfahren zuständig sind.

Ein Teilnehmer kritisiert die **Aufnahme von Asylbewerbern aus Ländern, die als sicher eingestuft wurden**. Diese seien keine Asylbewerber. Patrick Marschner erklärt darauf hin, dass dies ganz richtig erkannt sei, dass es aber einer Prüfung bedarf, um ein Asylgesuch abzulehnen. Solange man sich um Asyl bewirbt, ist man Asylbewerber. Sobald man einen positiven Bescheid auf sein Asylverfahren hat, ist man Asylberechtigter. Jemand aus einem als sicher eingestuften Land wird diesen Status nicht erhalten. Dazu bedarf es aber einer Prüfung, die auch ein Verifizieren des Herkunftslandes beinhaltet. Nach deutschem Rechtsverständnis kann niemand pauschal abgelehnt bzw. ausgewiesen werden.

Ergänzend erklärt Patrick Marschner den Unterschied zwischen einem **Kontingentflüchtling** und einem Asylbewerber. Syrier gelten beispielsweise als Kontingentflüchtlinge. Die Bundesregierung hat im März 2013 beschlossen, eine bestimmte Anzahl – ein Kontingent – syrischer Flüchtlinge für zwei Jahre in Deutschland aufzunehmen. Sofern die Lage in Syrien nach Ablauf der zwei Jahre wieder als sicher eingeschätzt werden kann, müssen diese Menschen in ihr Heimatland zurückkehren.

Auf die Frage warum bei einer **recht großen Anzahl tunesischer Flüchtlinge** diese jedoch in den Top 10 der Statistiken des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht auftauchen, gibt Sylvia Bachmann zu verstehen, dass Tunesier, die nach Deutschland kommen, exklusiv in Sachsen ihr Asylverfahren durchlaufen. Dadurch sind diese in Sachsen zwar relativ stark vertreten, tauchen aber in der Bundesstatistik nicht unter den vorderen statistischen Rängen auf.

Eine Teilnehmerin regt an, dass **Beschäftigungsangebote für Asylbewerber** möglicherweise deren Sozialisation fördern könnten. Dem stimmt Sylvia Bachmann zu und verweist darauf, dass es teilweise schon gelungen ist, Asylbewerber bei Möbelherstellern oder bei städtischen Pflegearbeiten (Grünlandpflege etc.) Arbeit zu geben. Die Stadtverwaltung will dies gern weiter ausbauen und bittet dabei um Unterstützung durch Initiativen und Vereine.

Einige Teilnehmer signalisieren Interesse sich **konstruktiv als Bürger in den Prozess einbringen und „Brücken bauen“** zu wollen. Anja Apel (Stadträtin für den Wahlkreis 4) verweist auf den Runden Tisch innerhalb des Stadtteils, der sich genau dieser Frage widmet. Patrick Marschner ergänzt, dass sich derartige Runde Tische in nahezu allen Dresdner Stadtteilen konstituiert haben. Ebenso gibt es einen Runden Tisch, der sich diesen Fragen in Bezug auf ganz Dresden widmet. Dieser tagt das nächste Mal am 29. Januar 2015 in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.

Sylvia Bachmann weist hinsichtlich der Frage nach den sehr **unterschiedlichen Gruppen von Asylsuchenden** auf den schwierigen Umstand, dass auch die zuständige Dresdner Verwaltung heute nicht weiß, wer und wie viele Menschen künftig kommen werden. Allein innerhalb des Jahres 2014 änderte sich die prognostizierte Zahl von Asylbewerbern in Dresden drei Mal.

Auf die Frage, ob bei einer möglicherweise sinkenden Zahl von Asylbewerbern das **Gebäude auch einer anderen Nutzung unterzogen werden kann**, schildert Stefan Szuggat, dass dies durchaus denkbar ist, aber auch die Fragen der Umsetzung dabei bedacht werden müssten. Da es sich um ein modernes Gebäude handeln wird, sind sicherlich auch andere Nutzungen denkbar.

Ferner ergänzt er, dass die benachbarte **Kleingartenanlage** keinerlei Beeinträchtigung durch den Bau erfahren wird.

Thomas Wurche erklärt auf die Frage nach einem Sicherheitskonzept der Polizei, dass er nicht versichern kann, dass 100 % der Asylbewerber sich an die Gesetze halten – wobei sie etwas mit den Deutschen gemein hätten. Er kann dahingehend keine 100%ige Sicherheit garantieren, aber versichert, dass sämtliche Vorfälle ernst genommen werden und sich bemüht wird, dass diese künftig nicht mehr auftreten.